

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

03. Mai 2017
GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0044-VII.4/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Aygül Berivan Aslan, Kolleginnen und Kollegen haben am 03. März 2017 unter der Zl. 12276/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Österreichs Beitrag zur Kampagne 'She Decides'" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) gründet auf einem menschenrechtsbasierten Ansatz und setzt sich daher im Rahmen bilateraler Projekte für die Umsetzung der damit verbundenen Rechte einschließlich der sexuellen und reproduktiven Rechte ein. Österreich vertritt sowohl im bi- als auch im multilateralen Rahmen entsprechende Positionen und setzt sich für die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform sowie dem Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz (ICPD) ein.

Zu Frage 4:

Ich verweise auf das derzeit gültige Dreijahresprogramm und die derzeit gültige Leitlinie der OEZA zu Geschlechtergleichstellung, die auf der Website www.entwicklung.at abrufbar sind: <http://www.entwicklung.at/mediathek/publikationen/strategische-dokumente/>.

Zu Frage 5:

Im angefragten Zeitraum unterstützte die österreichische Entwicklungsagentur (ADA) mehrere Projekte mit Schwerpunkt auf reproduktive Gesundheit. Details zu Projekten der ADA können der Website www.entwicklung.at entnommen werden: <http://www.entwicklung.at/themen/projekte/>

Zu den Fragen 6 bis 9:

Aus budgetären Gründen konnten 2016 keine freiwilligen Kernbeitragszahlungen an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) geleistet werden. Es wurde aber ein Beitrag in Höhe von 42.600,- EUR für den UNFPA Thematischen Trust Fund für Müttergesundheit zur Verfügung gestellt.

Weiters wurde 2016 das UNFPA-Projekt „Provision of life-saving basic emergency obstetric and new born care services to Syrian refugees and youth in Zaatri camp, Jordan“ mit 1 Mio. EUR unterstützt. Weitere 4.187.557,- EUR sind vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) und der ADA zur internationalen Frauenförderung eingesetzt worden. Auch in diesem Jahr sind genderbewusste Projekte geplant.

Zu den Fragen 10 bis 12:

Nein. Österreich wird aber die Umsetzung der von der ICPD getroffenen Vereinbarungen in seinen Partnerländern weiterhin unterstützen.

Zu Frage 13:

Österreich arbeitet im Rahmen der Europäischen Union (EU) eng mit gleichgesinnten Partnern zusammen und unterstützt verschiedene dahingehende Initiativen im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN), der VN-Frauenstatuskommission und der VN-Generalversammlung.

Sebastian Kurz

